

## Der Pflichtwidrigkeitsvorsatz der Untreue

Zugleich ein Beitrag zur gesetzlichen Bestimmtheit des § 266 StGB

Bearbeitet von  
Prof. Dr. Mark Deiters, Prof. Dr. Mark Alexander Zöller, Prof. Dr. Thomas Rotsch, Lasse Dinter

1. Auflage 2012 2011. Taschenbuch. XI, 148 S. Paperback  
ISBN 978 3 8114 4141 5  
Format (B x L): 14,8 x 21 cm  
Gewicht: 218 g

[Recht > Strafrecht > Strafgesetzbuch](#)

Zu [Leseprobe](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](http://beck-shop.de) ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort der Herausgeber</i> .....	V
<i>Vorwort</i> .....	VII

## Teil 1

### Einführung in die Problematik

<b>A. Einleitung</b> .....	1
<b>B. Die Bedeutung der dogmatischen Einordnung der Pflichtwidrigkeit</b> .....	4
I. § 266 als „gesetzlicher Tatbestand“ (§ 16 Abs. 1) .....	4
II. § 266 als „Garantietatbestand“ (Art. 103 Abs. 2 GG) .....	7
<b>C. Grundlagen</b> .....	8
I. Der Tatbestand der Untreue, § 266 Abs. 1 .....	8
II. Begriffsbestimmung .....	11
1. Blankettmerkmale .....	11
2. Normative Tatbestandsmerkmale .....	12
3. Gesamttatbewertende Merkmale .....	13
<b>D. Verlauf der Untersuchung</b> .....	14

## Teil 2

### Abgrenzung von Tatbestands- und Verbotsirrtum

<b>A. Die Vorsatzmodelle beim Pflichtwidrigkeitsmerkmal</b> .....	18
I. Formale Abgrenzung der Vorsatzmodelle .....	20
1. Kompetenzsprung als Abgrenzungskriterium .....	20
2. Ort der Rechtsquelle .....	22
a) Die reichsgerichtliche Irrtumsrechtsprechung .....	22
b) Die Substituierbarkeitsthese .....	25
3. Art der Verweisung .....	30
a) Ausdrückliche und konkludente Verweisungen .....	30
b) Statische und dynamische Verweisungen .....	32
4. Zwischenergebnis .....	35
II. Materielle Abgrenzung der Vorsatzmodelle .....	35
1. Die Lehre vom Regelungseffekt .....	36
2. Die verhaltensnormenvermittelnde Eigenschaft des Verweisungsmerkmals .....	40

a) Die Auswahl des Vorsatzmodelles als rechtspolitische Entscheidung .....	41
b) Das Irrtumskonzept der Schuldtheorie .....	42
c) „Schutzrichtungsidentität“ der Ausfüllungsvorschrift ...	44
III. Zwischenergebnis .....	46
<b>B. Bestimmung der untreuenerheblichen Verhaltensnorm .....</b>	<b>47</b>
I. Verhaltensnorm und Verhaltenspflicht .....	47
II. Bestimmung der Verhaltensnorm nach Binding und Puppe .....	49
III. Teleologische Bestimmung der Verhaltensnorm .....	52
1. Das allgemeine Schädigungsverbot als Verhaltensnorm .....	53
2. Folgerungen für den Pflichtwidrigkeitsvorsatz .....	58
IV. Zur Akzessorietät des § 266 .....	60
V. Zwischenergebnis .....	62

### Teil 3

#### Der Vorsatzgegenstand der Pflichtwidrigkeit

<b>A. Der Vorsatzgegenstand bei verhaltensnormenvermittelnden Merkmalen .....</b>	<b>66</b>
I. Legitimität der Appellfunktion des Tatbestandsvorsatzes .....	66
II. Der „Experte“ als Maßstabsfigur des Unrechtsappells .....	70
<b>B. Vorsatzgegenstand der Verweisungsobjekte in § 266 .....</b>	<b>73</b>
I. Verweisung auf gesetzliche Vermögensbetreuungspflichten .....	73
II. Verweisung auf rechtsgeschäftliche Vermögensbetreuungs- pflichten .....	74
1. Unkenntnis von Existenz und Inhalt der rechtsgeschäftlichen Pflicht .....	77
2. Wiederholung gesetzlicher Pflichten durch Rechtsgeschäft ..	79
3. Wiederholung elementarer gesellschaftlicher Pflichten .....	81
III. Verweisung auf Vermögensbetreuungspflichten aus behördlichem Auftrag und Treueverhältnis .....	82
<b>C. Zwischenergebnis .....</b>	<b>82</b>

### Teil 4

#### Verfassungsrechtliche Probleme des Pflichtwidrigkeitsmerkmals

<b>A. Verweisungen im verfassungsrechtlichen Sachzusammenhang .....</b>	<b>85</b>
<b>B. Der Verweis auf Vermögensbetreuungspflichten anderer Instanzen .....</b>	<b>88</b>

I. Vorüberlegungen . . . . .	89
II. Rechtsgeschäftliche Vermögensbetreuungspflichten . . . . .	91
III. Vermögensbetreuungspflichten aus ausländischen Gesetzen . . . . .	93
IV. Zwischenergebnis . . . . .	96
<b>C. Der Verweis auf unbestimmte Vermögensbetreuungspflichten . . . . .</b>	<b>97</b>
I. Vorüberlegungen . . . . .	97
1. Die Schwierigkeit einer „optimalen“ Tatbestandsfassung des § 266 . . . . .	100
2. Die Blanketteigenschaft des § 266 als legislatorischer Kompromiss . . . . .	104
II. Folgerungen für den Tatbestand des § 266 . . . . .	108
1. Sicherstellung der gesetzlichen Bestimmtheit auf objektiver Tatbestandsseite . . . . .	109
a) Erfordernis einer gravierenden Pflichtverletzung . . . . .	109
b) Kriterium der Vertretbarkeit und Evidenz . . . . .	111
aa) Problem der Auslegungskompetenz des Strafrichters . . . . .	112
bb) Probleme bei der Feststellung objektiv-„evidenter“ Pflichtverstöße . . . . .	113
2. Sicherstellung der gesetzlichen Bestimmtheit auf subjektiver Tatbestandsseite . . . . .	117
a) Viktimodogmatische Betrachtung unbestimmter Verhaltensgebote . . . . .	118
b) Unbestimmte Verhaltensgebote als tatbewertende Merkmale . . . . .	120
c) Sichere Kenntnis vom Pflichtverstoß . . . . .	122
d) Einwände gegen das Erfordernis sicherer Kenntnis vom Pflichtverstoß . . . . .	123
3. Schutzniveau des subjektiven Restriktionsansatzes . . . . .	125
III. Zwischenergebnis . . . . .	127
IV. Zusammenfassung . . . . .	128
<i>Literaturverzeichnis</i> . . . . .	133
<i>Stichwortverzeichnis</i> . . . . .	147